K02-546 Die Stadt von morgen ist grün. Neue Wege für lebenswerte Metropolen

Antragsteller*in: Anne Kämmerer (Meißen KV)

Änderungsantrag zu K02

Von Zeile 545 bis 547 einfügen:
reinen Symbolmaßnahmen wie Videokameras und hochgerüsteten Sicherheitsdiensten. Wir wollen, dass der öffentliche Raum auch öffentlich bleibt. Polizist*innen sollen im Stadtteil vor allem als Ansprechpartner*innen zu Fuß auftreten. Um immer wieder auftretender Stigmatisierung entgegenzuwirken, setzen wir zudem auf verpflichtende Fortbildungen der Bediensteten im Bereich Antirassismus und Geschlechtersensibilität. Dem Streben nach der Privatisierung und nach der stärkeren Überwachung des Öffentlichen Raums

Begründung

Für eine lebenswerte Stadt bedarf es nicht nur mehr Polizist*innen, die die Sicherheit der Menschen gewährleisten. Wir wollen, dass die Polizei als bekannte Ansprechpartner*in wahrgenommen wird, die vor Ort hilft - dies ist jedoch leider oft nicht der Fall. Gerade Migrant*innen und Menschen mit Migrationshintergrund aber auch LGBTIQ* Personen machen immer wieder diskriminierende Erfahrungen mit Polizeibediensteten. Mit diesem Status quo dürfen wir uns nicht zufrieden geben. Polizearbeit muss schützen und darf Menschen, die von "der Norm" abweichen nicht diskriminieren und sogar verdächtigen. Dafür braucht es ein größeres Bewusstsein und mehr Sensibilität unter den Polizeibediensteten.

Unterstützer*innen

Norman Volger (Leipzig KV); Jens Bitzka (Bautzen KV); Markus Scholz (Mittelsachsen KV)